

Haushaltsrede 2008 der *Löhner – Bürger - Allianz*

Es gilt das gesprochene Wort.

1 Prolog

Zunächst bedanke ich mich bei den Damen und Herren der Verwaltung, die den Fraktionen mit dem Entwurf zum Haushaltsplan 2008 die notwendige Diskussionsgrundlage für die politischen Schwerpunktsetzungen in der Stadt Löhne an die Hand gegeben haben.

Ein besonderer Dank geht auch an den Kämmerer, Herrn Busse, der uns die Haushaltsdaten in gelungener Weise vorgestellt und erläutert hat. Zwar sind die präsentierten Eckdaten gegenüber der Vergangenheit nicht besser geworden. Verbessert hat sich aber auf jeden Fall gegenüber früheren Jahren die haushaltsbezogene Transparenz.

Wir danken auch der Löhner Tagespresse für die Erfüllung ihrer ausgesprochen wichtigen Aufgabe.

2. Die Lage der städtischen Finanzen

Seit ihrer Gründung, seit dem Jahre 2001, hat die LBA beständig und in aller Deutlichkeit **auf die Auswirkungen der finanzpolitischen Entwicklung hingewiesen und dringend einen Kurswechsel angemahnt**. Dennoch fand sich im Rat keine Mehrheit, die bereit gewesen wäre, das Ruder wirklich herumzuwerfen.

Dies führte dazu, dass wir **Anfang 2007 mit einem Fehlbetrag von rund 3,9 Millionen €** in die Haushaltssicherung gehen mussten: Wer darauf gehofft hatte, **nun** würde dies auch das letzte Ratsmitglied, auch die letzte Ratsfraktion erkennen, dass es so nicht weitergeht, sah sich alsbald getäuscht.

Die **Gesamtverschuldung der Stadt Löhne** ist mittlerweile auf einen Betrag von **84,3 Mio. €** angestiegen.

Einzig und allein der **Umstellung auf das kaufmännische Buchungssystem „NKF“** ist es zu „verdanken“, dass der Begriff >Haushaltssicherung< nicht auch über dem aktuellen Haushalt steht.

Wohlgemerkt, **nicht die tatsächlichen defizitären Zahlen haben sich zum Guten gewandelt**, keineswegs, lediglich eine vom Land eingeräumte **buchungstechnische Fiktion**, die sogenannte **„Ausgleichsrücklage“** gibt den Kommunen die Möglichkeit, ihre tatsächliche Finanzsituation einige Zeit nach der Umstellung noch ein wenig zu verschleiern, man könnte auch sagen:

Die Umstellung auf **NKF gestattet es, sich den gelungenen Haushaltsausgleich „in die Tasche zu lügen.“**

Doch nicht nur die Bull/PDS propagiert das Ende aller Sparsamkeit, (als wenn diese jemals irgend einen noch so geringen Beitrag in dieser Richtung geleistet hätten), auch die SPD sieht sich veranlasst, die Spendierhosen anzuziehen.

Dies ist offenbar das **Resultat der parteiintern vorbereiteten Wahlkampföffnung**, und augenscheinlich mit glasigem Blick auf ein für 2009 – nach **hessischem Muster** - in Aussicht genommenes **Bündnis zwischen der SPD den bunt gefärbten Nachfolgekommunisten** (in welcher Verpackung, unter welchem Begriff auch immer)

Der tiefe Griff in die **Wahlgewinne-Kiste** würde sämtliche Sparsamkeitsbemühungen der letzten Zeit selbstverständlich über den Haufen werfen.

Just dazu passend soll als „**neuer Hoffnungsträger**“ ein **Pensionär aus Tengern** nach Löhne eingeflogen und hier **reaktiviert** werden: Ein Mann, der wie kaum ein anderer **DIE Symbolfigur für die Löhner Haushaltsmisere** ist: der Ex-Kämmerer Heinz-Dieter Held.

Wie kein anderer hat Held in vielfacher Hinsicht **seinen Beitrag** dazu geleistet, **die Stadt Löhne in den Schuldensumpf** zu reißen.

Jahrelang waren seine Haushaltsreden zwar regelmäßig mit **obligatorischen Sparappellen** garniert, aber genauso regelmäßig blieben sie auch **wirkungslos**, wurden sie nicht einmal von eigenen Parteigenossen vernommen, geschweige denn auch nur in Ansätzen ernst genommen oder gar umgesetzt.

Das Entscheidende: Genauso wenig, wie die garnierende Petersilie über die Qualität der aufgetragene Speise Auskunft gibt, so war's auch hier:

Die **von Held verantworteten Haushalte** führten – ungeachtet seiner unverbindlichen Sparsamkeitssprüche – auf **direktem Wege in die Pleite**.

So betrug die gesamte städtische Verschuldung (incl. Nebenbetrieb) zu Beginn seiner Tätigkeit als Kämmerer im Jahre 1989 29,3 Mio. €.

Mit dem Jahre 2005, dem „Ende seiner Dienstfahrt“, lag die gesamte Verschuldung bei sage und schreibe 82,2 Mio. €:

D.h., unter dem Wirken des Herrn Held explodierte die Löhner Verschuldung um zusätzliche 53 Millionen €.

Zu irgendwelchen Konsequenzen aus seinen jahrelang missglückten Finanzplanungen bzw. verfehlten Sparanstrengungen war er bezeichnenderweise nicht bereit. - **Business as usual!**

Achselzucken - frei nach dem Motto: „Dann sind wir eben pleite!“

Die **Konsequenzen aus diesem dauerhaften finanzpolitischen Dilettantismus**, dieser **anhaltenden Verantwortungslosigkeit** mussten schließlich 2005 andere für ihn ziehen.

Doch an die Auswirkungen der **Verschuldungspolitik des Kämmerers Heinz-Dieter Held** wird man sich in Löhne noch in 50, 60 Jahren erinnern, leidvoll erinnern. –

Ein ganz weiteres **Lehrbeispiel der Held'schen „Finanzkompetenz“** – und insofern **für seine fragwürdigen Talente besonders typisch** - war die Gartenschau, deren Geschäftsführer er bis heute ist, die Gartenschau, die mit ihren Kosten- und Folgekosten dem **Löhner Haushalt den Todesstoß** versetzte.

In Löhne ist seine Schau weniger mit dem Schlagwort des „**magischen Wassers**“, sondern mehr mit den Begriffen „**Pleiten, Pech und Pannen**“ verbunden - oder noch genauer: **> Fehlplanungen – Geheimniskrämerei und Schuldenkrater <**

Der erste Schritt des „Rechenkünstlers“ war es, in der Entscheidungsphase der Politik und der Öffentlichkeit die geplante Schau als ein **besonders günstiges Schnäppchen** zu präsentieren:

Nur **5 Mio. DM (= 2,5 Millionen Euro)**, so lehnte sich Held am 11. Dezember 1997 in der NW aus dem Fenster, **sollte die Landesgartenschau** die Löhner kosten.

Um letzte Zweifler zu besänftigen, wurde **zusätzlich der Begriff >Deckelung<** ins Spiel gebracht. Viele waren es zufrieden, und mit großer Ratsmehrheit - bei einigen skeptischen Gegenstimmen aus der CDU - wurde der Held'sche Beschluss gefasst. CDU-Fraktionsvorstandsmitglied Dietrich Mattern legte danach aus Protest gegen diese Fehlentscheidung sogar sein Ratsmandat mit sofortiger Wirkung nieder (NW 25.2.'98).

Ein junger Bürger **wollte 2003 gern wissen, was die Gartenschau denn tatsächlich schlussendlich gekostet** habe. Dies fand nun Kämmerer Held gar nicht toll. Er witterte die Gefahr, dass seine **Lügenblase** von dem ach so „günstigen Gartenschauschnäppchen“ **zerplatzen** würde.

Also teilte er mit Schreiben vom 16.9.'03 mit, da es sich bei der Frage um eine „**Auskunft mit erheblichem Vorbereitungsaufwand**“ handele, müsse er vom fragenden

Bürger „eine **Gebühr zwischen 10 und 500 Euro**“ eintreiben, sollte dieser immer noch auf einer Beantwortung bestehen. Erfreulicherweise führte die **LBA-Aktion „2-Euro-für-die-Wahrheit“** dann schließlich doch dazu, das die **Geheimniskrämerei** Helds wie ein Kartenhaus zusammenbrach.

Nun wissen wir, was wirklich aus dem **Versprechen der 2,5 Mio. €** geworden ist: **Diese haben sich bis zum heutigen Tage gar wundersam auf 16,75 Mio. €** vermehrt.

Der Held mit der besonderen Finanzkompetenz hatte sich **um lockere 14 € Millionen verkalkuliert.**

Als bald **suchte der Zahlenakrobat nach Ausflüchten:**

- **Ausrede Nr. 1:** >Das ganze war eine **Zeitungsente**. Die Zeitung hat falsch berichtet!<
Frage: Warum hat Held den angeblich falschen Bericht richtig gestellt? **Warum keinerlei (korrigierende) Erklärung von Held?** War die Täuschung beabsichtigt? Soll sie nur nachträglich der Presse in die Schuhe geschoben werden?
- **Ausrede Nr. 2:** >Gemeint waren gar nicht der Löhner Eigenanteil, sondern nur die Investitionskosten.<
Nichts davon steht im Artikel, dort ist **klar und eindeutig vom gedeckelten Löhner Eigenanteil in Höhe von 2,5 Mio. €** die Rede.

Weiterhin stellt sich die Frage, wenn Held tatsächlich – entgegen seiner **Schote von den 2,5 Mio. €** - still und heimlich mit einer um mehr als 14 Millionen höheren Belastung für den Löhner Haushalt gerechnet hat,

warum hat er als Kämmerer keinerlei Vorkehrungen geschaffen, warum keine Rücklagen gebildet?

Alles Fragen, die Ex-Kämmerer Held nicht beantworten kann oder nicht beantworten will ...

– auch nicht bei Helds Gespräch mit der LBA am 16. Februar '08.

Und natürlich ist es auch völlig klar, warum Held dieses Gespräch **um keinen Preis in der Welt in der Öffentlichkeit** führen wollte:

Der Rechenkünstler hätte sich dort bis aufs Knie vollständig blamiert.

So etwas macht man nicht gern in aller Öffentlichkeit. –

Auch auf die Frage, **weshalb Held als verantwortlicher Kämmerer nicht Rücklagen für die notwendige millionenschwere Rathaussanierung** gebildet habe, die typische Antwort eines professionellen Finanzspezialisten:

Er sei dafür **als Kämmerer gar nicht zuständig** gewesen. Das sei die Sache des damaligen Bauamtsleiters, des **heutigen Bürgermeisters** gewesen, der habe das zu verantworten. - - - **Schwarzer-Peter-Spiele nach der Art von Verwaltungsprofis?** So könnte man meinen.

3 Die spezifischen Risiken der aktuellen städtische Finanzplanungen

Im Haushaltsplan sind verschiedene **Risiken** vorhanden, die unserer Meinung nach **nicht hinreichend berücksichtigt** wurden:

- Nach dem Ergebnisplan kann nicht nur für 2008 sondern auch für die Jahre 2009, 2010 und 2011 **in der Ergebnisrechnung kein struktureller Haushaltsausgleich** erreicht werden. Nach der Planung müssen deshalb aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 14,5 Millionen Euro insgesamt rd. 13,4 Mio. € bis 2011 entnommen werden. Das bedeutet **Eigenkapitalverzehr**. Genau das **Gegenteil sollte die Zielformulierung der Verwaltung** sein. Ziel auch im Sinne einer **intergenerativen Gerechtigkeit** sollte immer ein ausgeglichener Ergebnisplan sein.
- Die **Entwicklungen bei der Gewerbesteuer sind mit Risiken** behaftet – zum einen durch die konjunkturelle Entwicklung, zum anderen durch die Gesetzgebung des Bundes. Alle Experten sind sich sicher, dass das **Gewerbesteueraufkommen in den nächsten Jahren durch die Reform der Unternehmenssteuer weiter absinken** wird. Die sog. „Wirtschaftsweisen“ haben in ihrem Herbstgutachten darauf hingewiesen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Wachstumserwartungen tatsächlich eintreten, (nur) bei 68 % liegt. Trotzdem eine Einnahme bei der Gewerbesteuer von 17 Mio. € anzunehmen, ist zu riskant. Solider wäre auf Grund der Veranschlagung 2007 und des realen Rechnungsergebnisses für 2007 einen Ansatz von nur 16 Mio. zu wählen. Durch diese geänderte Ertragshöhe würde allerdings im Finanzplan eine deutlich **höhere Beanspruchung der Ausgleichsrücklage** zur Deckung des Haushaltsdefizits notwendig, nämlich rund 4,8 Mio. EUR.
- Die **verbleibende Ausgleichsrücklage** würde dann zum Ende des Planungszeitraums im Jahr 2011 nicht rd. 1 Million EUR betragen,

- sondern **gänzlich verzehrt** sein.
- Mit anderen Worten: der **finanzielle Puffer** bis zur Allgemeinen Rücklage, die den Kern des Eigenkapitals ausmacht, wäre **gänzlich verbraucht!**
 - Auch die Prognosen bei der **Entwicklung der Einkommenssteuer** sind mit **konjunkturellen Unsicherheiten** behaftet. Der entsprechende Löhner Anteil hängt davon ab und ist in der Finanzplanung des Gemeindehaushalts – gegenüber den Rechnungsergebnissen für die Jahre 2002 bis 2006 - deutlich höher angesetzt (2008 um rd. 18 % höher als das Rechnungsergebnis 2006). Hier gelten zwar die **Orientierungsdaten des Landes NW, aber diese waren in der Vergangenheit überwiegend zu optimistisch**. Auch bei der Einkommenssteuer rät die LBA deshalb zu mehr Vorsicht.
 - Die **Verlagerung von Aufgaben von Bund und Land auf die Kommunen** – ohne vollständigen finanziellen Ausgleich - ist nach wie vor ein finanzielles Risiko (auch wenn der Bundesdurchgriff auf die Kommunen durch die Föderalismusreform abgeschafft wurde). Wir teilen in diesem Zusammenhang die Verärgerung des Kämmerers über **Mehrbelastungen z.B. durch die Änderung der Kindergartenfinanzierung durch das Kinder- und Bildungsgesetz (KiBiz)** .
 - Das Risiko besteht darin, dass der Bund auch bei den bereits vorhandenen Aufgaben der Kommunen durch veränderte Gesetzgebung **zusätzliche Kostenbelastungen** hervorrufen kann. Diese finanziellen Risiken von Seiten des Bundes und des Landes müssen stärker im kommunalen Haushalt abgebildet werden.

Fazit:

Der **Haushaltsentwurf und die mittelfristige Planungen bis 2011 entsprechen überhaupt nicht unseren Vorstellungen einer soliden und vorausschauenden Haushaltsplanung.**

Die im **Finanzplanungszeitraum bis 2011 vorhergesagte Steigerung der Schulden** um 4,3 Mio. € auf dann 42,3 Mio. € (Schlimm genug!) wird ohne eine Berücksichtigung der oben aufgezeigten Risiken **nicht einzugrenzen** sein.

4. Grundlegende Zielsetzung der **LÖHNER – BÜRGER - ALLIANZ**

Wir wollen eine >bürgerorientierte Stadt<. Darunter verstehen wir eine Stadt, in der sich die **Menschen wohlfühlen**, in der sie gerne leben, auf die sie stolz sind, in der sie **sichere Arbeitsplätze**

haben, in der sie **Sport** ausüben und ihre **Freizeit** in vielfältiger Weise gestalten können.

In so einer Stadt sind die Bürger nicht für die Verwaltung da, sondern dort ist die **Verwaltung Partner, ja Dienstleistender des Bürgers**. Hier werden interessierte Bürger ernst genommen, geachtet und nicht, wie im Falle von **Ex-Kämmerer Held** (s.o.), bei ihren Fragen mit **unverschämten Gebührenbescheiden bedroht**, wenn sie sich z.B. für die Kosten und Nutzen von politischen Entscheidungen interessieren.

Um die grundsätzliche kommunalpolitische Handlungsfähigkeit in Löhne wiederzuerreichen geht es um eine unvermeidliche

Richtungsentscheidung:

Die Gestaltung des gegenwärtigen städtischen Haushaltes lässt angesichts der Haushaltsmisere nur **drei Vorgehensweisen** zu: Entweder wird das **Kreditvolumen** weiter ausgedehnt, oder die **Steuern und Abgaben werden weiter maximiert** oder aber **es muss gespart** werden. - Jeder öffentliche Kredit ist und bleibt ein Wechsel auf die Zukunft, da er mit Zins und Zinseszins von der nachfolgenden Generation wieder abgetragen werden muss und deren (finanzpolitische) Freiheit fesselt.

Da die Löhner-Bürger-Allianz sich **weder an der nächsten Generation versündigen** will und zudem der Überzeugung ist, der Bürger wäre **schon mehr als zumutbar durch Steuern und Abgaben belastet** – das millionenschwere Paket der Mehrwertsteuererhöhung haben bekanntlich CDU und SPD gemeinsam der Bevölkerung zugemutet – bleibt uns **nur eine einzige Strategie, das Sparen**.

Jede neue Kreditaufnahme bringt das Risiko weiterer Steuer- und Gebührenerhöhungen mit sich.

Unter den **Bedingungen weiterer neuer Kreditaufnahmen** würden spätestens nach der Kommunalwahl 2009 Stimmen laut, die wieder mal **an der Steuerschraube drehen wollen**. -

Entsprechende Erfahrungen, die die Bürger 1999 mit der SPD sammeln mussten, sind nicht vergessen:

Seinerzeit **versprach SPD-Kandidat Bürgermeister Hamel: „Keine Steigerung der Gewerbesteuer bis 2004“**. So titelte die NW und vermeldete weiter: „Bürgermeister Werner Hamel hat eine **Erhöhung der Gewerbesteuer für die nächsten 5 Jahre kategorisch ausgeschlossen**. **„Das ist mit mir nicht zu machen“**, sagte der Bürgermeister beim NW-Talk an der Ulenburg. Neben seinem Konterfei stand dort: **„Bürgermeister Hamel legt sich fest – Hände weg von der Gewerbesteuer: Bei diesem Thema zeigte sich Hamel (SPD) kompromisslos.“** (NW 30.8.'99).

Einige Monate nach der Kommunalwahl wurde das Wahlversprechen – Frau **Ypsilanti lässt grüßen** – gebrochen:

Am 19.3.2003 beschloss der Rat auf Antrag von eben diesem Werner Hamel und dem Kämmerer Heinz-Dieter Held exakt die **Erhöhung der Gewerbesteuer** – mit den Stimmen des in dieser Sache angeblich „kompromisslosen“ Bürgermeisters, der SPD und der Bull/PDS.

Wortbruch und Wählertäuschung – nichts Ungewöhnliches bei der SPD. Siehe auch der Wortbruch bei der letzten Bundestagswahl, wo die **SPD gegen die 2-prozentige Mehrwertsteuererhöhung** (SPD-Jargon: „Merkel-Steuer“) zu Felde zog und Wahlkampf betrieb, um wenige Tage nach der Wahl **zusammen mit der CDU eine 3-prozentige Erhöhung** durchzuboxen. (Die eigenwillige Mathematik dabei: $2 + 0 = 3$) - - -

Die **Strategie des Sparens** erfordert allerdings **mehr Kreativität** als das Einschlagen des anderen Weges.

Und es gibt noch weitere Probleme bei der Strategie das Sparens: Man muss über einen **langen Atem** verfügen, die Erfolge stellen sich nicht kurzfristig ein, und man muss in der Lage sein, sich **heftigem Gegenwind** entgegenzustellen.

Dennoch gibt es aus unserer Sicht zum **Sparen keine Alternative**.

Die LBA ist der deshalb der Überzeugung, dass gehandelt und die **Aufblähung des öffentlichen Sektors insgesamt zwingend zurückgeführt werden** muss. Aus diesem Grunde ist hier in Löhnen, genauso wie auf Bundes- und Landesebene unakzeptabel, **mutwillig an der Steuer- und Abgabenschraube weiter zu drehen**, deshalb hatte die LBA seinerzeit die Quersubventionierung des städtischen Haushaltes durch die Verteuerung der Wasserpreise (= **Erhöhung der Konzessionsabgabe**) und auch die Einführung der **Schneepflugsteuer** abgelehnt.

5. **Bereits erreichte Etappen**

Grundlegung: Die LBA hat immer die Anwendung eines undifferenzierten „**Rasenmäherprinzips**“ abgelehnt. Dies wäre nur eine undifferenzierte Minimierung **auf der Basis des Status-Quo**, also eine unpolitische **Flucht vor präzisen Sachentscheidungen**. Deshalb gibt es keine Alternative zu einer sachlich begründeten, politischen **Abwägung der einzelnen Spar-Möglichkeiten**. Dabei hat die LBA keinerlei Veranlassung, ihren diesbezüglichen **Entscheidungs-Prüfstein** nicht auch klar und deutlich zu

benennen. Der entscheidene Schlüssel ist und bleibt in jedem Einzelfall für uns:

Was ist für die Bürger dieser Stadt wirklich von elementarer Bedeutung?

Und da sagt die **LÖHNER-BÜRGER-ALLIANZ** ganz klar:

Uns sind unsere Löhner Sportvereine, uns ist der örtliche Breiten- und Jugendsport, uns ist die lokale Drogenbekämpfung allemal vorrangig.

So war auf diesem Wege in den letzten Monaten bei langem Atem doch einiges machbar und durchsetzbar:

FINANZEN:

- Zum Zwecke der **Kostenoptimierung** bei den Gegenständen, die aus städtischen Mitteln bezuschusst werden sollen, von den Antragstellern drei (**Vergleichs-)Angebote** vorzulegen sind.
- Erfolgreich war auch die Kostenbegrenzung beim Neubau **Blomeyer-Fußgängerbrücke** über die Werre, nach dem Mehrheits-Beschluss von LBA und SPD, das Projekt „**Fischbauchbrücke**“ durch eine neue **kostengünstige Sanierungslösung** zu ersetzen.
- Die Erfahrung mit den **EMR-Anteilen** verdeutlichte: Es passt nicht zur finanziellen Lage der Stadt Löhne, Anteile an Projekten zu halten, die - isoliert betrachtet - gut und schön sind, jedoch keine elementare Bedeutung für die Stadt Löhne und die Wohlfahrt ihrer Bürger haben. Deshalb war es sinnvoll, Löhnes Mitgliedschaft im Trägerverein der in Herford ansässigen **Nordwestdeutschen Philharmonie** (NWD) zu beenden.
- Richtig war ferner die **Einschränkung der städtischen Repräsentationskosten**. „**UN-KOSTEN**“ im wahrsten Sinne des Wortes **von ca. 75 € für einen einzelnen bürgermeisterlichen Geburtstagsbesuch** sind der Bevölkerung nicht ernstlich zu vermitteln.
- Und schließlich es gelang auch, **kommunale Steuererhöhungen** und die Kreation einer **neuer kommunaler (Winterdienst-)Abgaben** („*Schneepflugsteuer*“) zu verhindern.

JUGEND:

- Die Bürger-Allianz erreicht - gegen die Stimmen von Bgm./CDU/FDP – dass auf die geplanten Kürzungen bei der **Jugendfeuerwehr**, beim **Blauen Kreuz**, dem **Verein**

Suchtkranker Menschen, der Versehrtensportgemeinschaft, der Kriegsgräberfürsorge, der Sportjugend, den Gehörlosen und der DLRG verzichtet wird. [Rat vom 29.3.2006]

- Auch die Erhöhung der **Kindergartengebühren** wurde großenteils abgewehrt. Die **Elternbeiträge sollten** nach dem Willen des Bürgermeisters **für sämtliche Kindertageseinrichtungen durchgängig angehoben werden**. Nachdem die LBA Quernheims Erhöhungsbestrebungen als kinderfeindlich und unsozial kritisierte, schließen sich die anderen Fraktionen dieser Position an und verwerfen eine durchgängige Erhöhung. [Jugendhilfeausschuss 12.6.2006]

SPORT:

- Die von CDU/FDP/Bürgermeister geplante „**2-Euro-Abgabe**“ pro **Löhner Sportverein und Hallennutzungsstunde** konnte erfolgreich abgewehrt werden. [Rat vom 23.3.2006]

KULTUR:

- **Stadtbibliothek**. Angesichts des Zuspruches, den die Stadtbibliothek von der Löhner Bevölkerung erhält, lehnt die LBA eine Kürzung des Etats der Bibliothek als **bildungsfeindlich** ab. [Kulturausschuss vom 17.5.2006]
- Gesichert ist, wie von der LBA gefordert, **die Unterstützung des Löhner Musiklebens, der Löhner Kantoreien**.

UMWELT:

- Beginnend mit dem Jahre 2008 erfolgt erstmalig jährlich die **Neuaufforstung einer Fläche von zwei Hektar** im Stadtgebiet Löhne.
- **Kampf gegen die Nordumgehung**. Gegen die Stimmen der CDU beschließt die Ratsmehrheit aus LBA und SPD, eine informative und rechtliche Unterstützung der Gegner der Nordumgehung. [Rat 21.6.2006]

ORTSTEILE:

- **Lebensmittelmarkt für Gohfeld**. Jahrelang gab es im Ortskern Gohfeld nach der Schließung des Lebensmittelgeschäftes Rasche keine **hinreichende ortsnahe Einkaufsmöglichkeit**. In Zusammenarbeit mit einer **Gohfelder Bürgerinitiative** konnte die **LBA-Orts-Allianz Gohfeld** unter Einsatz einer breit angelegten **Unterschriftssammlung** im Jahre 2005 nun – nach jahrelangen Anstrengungen - die **Ansiedlung eines Plus-Marktes an der Weihestraße** erreichen. Der Einkaufsmarkt musste von der LBA **gegen den massiven Widerstand der örtlichen CDU**

durchgesetzt werden. Die CDU-Orts-Union lehnte ursprünglich einen Discounter sowie den von der LBA favorisierten Standort kategorisch ab.

- **DSL in Mennighüffen.** Die jahrelangen Anstrengungen der LBA tragen Früchte: Mit dem Ende des Jahres 2006 ist für Mennighüffen die DSL-lose Zeit vorbei. Für gewerbliche und private Internet-Nutzer war in der Vergangenheit das **fehlende Angebot eines DSL-Anschlusses ein erheblicher Standortnachteil und ein zusätzlicher Kostenfaktor**. Seit Jahren hatte die **LBA-Orts-Allianz Mennighüffen** – u.a. mit einer umfangreichen **Unterschriftenaktion** – bei den zuständigen Instanzen interveniert und für ein Mennighüffener DSL-Angebot gekämpft. Schon 2003 brachte die LBA im Stadtrat eine erste DSL-Initiative ein.

6. Die nächsten Arbeitsschwerpunkte der *Löhner-Bürger-Allianz*

Der Kampf **gegen Verwahrlosung und Kriminalität bleibt ein vordringliches Thema.**

Die konsequente Auseinandersetzung mit **Verwahrlosungserscheinungen und Kriminalität** (z.B. im **Bahnhofsbereich und im Asylantenheim**) in Löhner Problembereichen ist immer noch unvollkommen. Leider haben beide Problembereiche, wie die Presseberichterstattung der letzten 14 Tage zeigen, überhaupt nichts an kriminologischer Aktualität eingebüßt. (NW 10.3.'08)

Wir fordern deshalb seit längerem, die **Löhner Polizeiwache in der Innenstadt** bzw. im Bahnhofsbereich anzusiedeln.

Eine wirkungsvolle **Alten- und Jugendförderung** gehört zum kommunalpolitischen Kernbereich, darf also nicht über Gebühr beeinträchtigt werden.

Eine kontinuierliche Förderung der **Schulen und Kindergärten** ist der LBA wichtig, und muss nachhaltig verfolgt werden.

Die Förderung des **Vereinsportes und der Sportjugend** ist die sinnvollste stabilisierende Sozialpolitik und präventive Kriminalitätsbekämpfung, die man sich denken kann, und allemal kostengünstiger als nachlaufende Resozialisierungsmaßnahmen. Wir benötigen einen >Pakt für den Sport< der auch diesen Namen verdient hat.

Neue Baugebiete müssen schon frühzeitig, also vor der endgültigen Fertigstellung mit **Kinderspiel- bzw. Bolzplätzen** ausgestattet sein. (Wenn auch mit Verspätung, so wurde endlich im Planungsausschuss vom 21. Februar 2008 unser Antrag zum

Bau eines Ostscheider Ersatzbolzplatzes an der Siemshofer Kirchstraße beschlossen.)

Wir wollen die Ausdehnung eines **nachhaltigen Aufforstungsprogramms**, um „**grüne Lungen**“ für Löhne zu gewinnen, aber keine zusätzlichen Ausweisungen von Gebieten für Windkraftanlagen, die ökologisch und ökonomisch fragwürdig sind.

7. Konkrete Schritte – Anträge der Löhner-Bürger-Allianz zum Haushalt 2008

Die **LBA** beantragt,

(1)... dass die Stadt Löhne ihre **Mitgliedschaft** in der **Aqua-Magica-Gesellschaft kündigt**. Die Bewirtschaftung des Geländes und die Durchführung von Veranstaltungen auf dem Gelände soll in Perioden von ein, zwei oder drei Jahren **umschichtig und arbeitsteilig** in der **selbständigen Verantwortung der beiden Städte** durchgeführt werden. (D.h., in der Zeit der ersten Periode ist z.B. Löhne für die **VERANSTALTUNGEN** zuständig, derweil Bad Oeynhausen für die **GELÄNDEBEWIRTSCHAFTUNG** verantwortlich ist. In der nachfolgenden Periode wird die Verantwortlichkeit gewechselt.)

Der bürokratische Apparat der Gesellschaft kann somit entfallen.

Ferner können so die bereits festgestellten personellen Überkapazitäten der Stadt Löhne sinnvoll genutzt werden.

(2)... dass die **Sanierung des Rathauses** in **drei Bauabschnitte** aufgeteilt wird und im Laufe der **nächsten drei Jahre** erfolgt. Die Gesamtkosten der Sanierung sind im Rahmen einer **Deckelung auf 3 Millionen €** zu **begrenzen**. Die Finanzierung der **Sanierung erfolgt aus den jährlich erzielten Erlösen** aus dem Verkauf von städtischen Immobilien in Höhe von jeweils einer Million €, **ohne dass es zu einem weiteren Ansteigen der städtischen Verschuldung kommt**. Auch die städtischen Anteile an der Bau- & Siedlungsgenossenschaft sind unter dieser Zielsetzung zu veräußern.

(3)... dass deshalb neben SPD und CDU auch die LBA einen Vertreter in den **WBL-Immobilienausschuss** entsenden kann.

(4)... dass ein **>Pakt für die Schulen<** erarbeitet wird, der auf der Grundlage des LBA-Beschlussvorschlages vom Januar '08 die

Zielsetzung hat, das vorhandene **mehrgliedrige Schulsystem in Löhne zu erhalten und zu optimieren.**

- (5)... dass die Verwaltung ein Konzept vorlegt, dass auf städtische **Einkünfte** durch einen systematischen und umfassenden **Verkauf des anfallenden Schnitt- und Bruchholzes** gerichtet ist.
- (6)... dass die **Condega-Subventionierung** – auch aus dem begrenzten Kontingent der Löhner Sparkassenmittel – beendet wird.
- (7)... aufgrund der vorhandenen wirtschaftlichen Monostruktur die Verwaltung ein offensives **Werbekonzept zur Gewerbeansiedlung** entwickelt, das sich unter besonderer Berücksichtigung der Innenstadt insbesondere auf den Dienstleistungsbereich bezieht.

8. Ausblick

Nur mit vereinter Kraft und einem **konsequenten Sparkurs** wird es nach Überzeugung der LBA **ohne Steuererhöhungen** möglich sein, die politische Handlungsfähigkeit wiederzugewinnen.

Andernfalls wird die Stadt Löhne – und das ist schon jetzt erkennbar – in wenigen Jahren, nach dem absehbarem buchmäßigem **Verzehr der Ausgleichsrücklage wieder in die Haushaltssicherung geraten.**

Wir werden an dem Ziel der **Rückgewinnung der politische Handlungsfähigkeit** aktiv mitwirken.

Die Löhner-Bürger-Allianz wird **nach wie vor tatkräftig Verantwortung** übernehmen, um unsere Stadt konstruktiv weiterzuentwickeln. Dabei gibt es nach wie vor für uns **keine Automatismen, keine parteipolitische Fixierungen oder ideologische Scheuklappen.**

Wir sind bereit, uns konstruktiv am Ringen um den Haushalt zu beteiligen und damit an den Weichenstellungen für die nächsten Monate und Jahre.

Die LBA steuert dabei einen klaren Kurs:

Keine weitere Verschuldungspolitik, die eben uns oder die nächsten Generationen mit erhöhten Abgaben oder Steuern belasten würde.